

Die Millenniumsentwicklungsziele 2010: Erfolge und Handlungsbedarf

17



2015 im Gespräch

VENRO-Projekt »Perspektive 2015 –
Armutsbekämpfung braucht Beteiligung«

Inhalt

Zusammenfassung – 3

Einleitung: Der MDG-Gipfel 2010 – 4

Von Heike Spielmans

»Keeping the Promise« or keep promising? Ein Abgleich zwischen den Erwartungen an den MDG-Gipfel und seinen Ergebnissen – 6

Von Dr. Marianne Beisheim

Jede Stimme zählt:

Wie wir die Millenniumsziele bis 2015 erreichen können – 11

Von Dirk Niebel

Warme Worte und leere Taschen – eine Bilanz des MDG-Gipfels aus zivilgesellschaftlicher Sicht – 14

Von Ulrich Post

Mehr und effizientere Hilfe zur Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit – Initiative des UN-Generalsekretärs will Engagement weltweit bündeln – 18

Von Renate Bähr

Ausblick: Bis 2015 und darüber hinaus – 19

Von Claus Körting und Merle Bilinski

VENRO-Mitglieder – 22

Impressum – 23

Zusammenfassung

Die Erreichung der acht globalen Entwicklungsziele, wie die Halbierung der Armut und des Hungers in der Welt stand im Mittelpunkt des Millenniumgipfels der Vereinten Nationen, der im September 2010 in New York stattfand.

Die vorliegende Publikation aus der Reihe »2015 im Gespräch« zieht eine Bilanz der Gipfelergebnisse und bezieht dazu verschiedene Perspektiven und Bewertungen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und der Bundesregierung ein. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob es der Konferenz gelungen ist, neue Impulse für die Armutsbekämpfung zu setzen. Nach einer Einleitung von Heike Spielmanns, Geschäftsführerin des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) stellt Marianne Beisheim von der Stiftung Wissenschaft und Politik die vorab formulierten Erwartungen an den Gipfel den tatsächlich erreichten Ergebnissen gegenüber. Eine der größten Baustellen sieht Marianne Beisheim darin, die Millenniumsziele mit der Debatte um angemessene Umsetzungsstrategien zusammenzubringen. Das Abschlussdokument des Gipfels beinhaltet zwar eine Absichtserklärung, die Versprechen bis 2015 einzuhalten, lege jedoch keine Verantwortlichkeiten fest.

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel betont sechs Punkte zur Erreichung der MDG, die die Bundesregierung in das Abschlussdokument mit eingebracht hat. Dazu zählen unter anderem die stärkere Berücksichtigung entwicklungsfördernder Rahmenbedingungen, die Einbeziehung aller Entwicklungspartner – inklusive der Wirtschaft – und die Stärkung der Eigenverantwortung von Entwicklungsländern. Um die Wirksamkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, seien neue Strategien und Reformen geplant, wie die Fusion dreier Durchführungsorganisationen zur neuen Gesellschaft für Interna-

tionale Zusammenarbeit (GIZ) und das Pilotvorhaben »Aid on Delivery«.

Aus Sicht der Zivilgesellschaft zieht VENRO-Vorstandsvorsitzender Ulrich Post eine kritische Bilanz des Gipfels. Der erhoffte »Push« sowie verbindliche Zusagen für die Erreichung der MDG seien ausgeblieben. Post warnt davor, die Verantwortung im Entwicklungsprozess allein auf die Entwicklungsländer abzuschieben und betont, dass entwicklungspolitische Kohärenz auf beiden Seiten das zentrale Element wirksamer Entwicklungszusammenarbeit bleibt. Positiv sei hingegen, dass das Dokument eine differenzierte Zwischenbilanz der »mageren« Zielerreichung der einzelnen MDG ziehe und konkrete Handlungsempfehlungen beinhaltet. Ergänzt wird diese Bilanz durch eine Einschätzung von VENRO-Vorstandsmitglied Renate Bähr zu der auf dem Gipfel vorgestellten neuen Globalen Strategie für die Gesundheit von Frauen und Kindern. Bähr begrüßt die Strategie, weist jedoch darauf hin, dass noch mehr Investitionen, eine kohärentere Politik und verbesserte Dienstleistungen erforderlich sind, um die ärmsten und am meisten benachteiligten Frauen und Kinder zu erreichen.

Abschließend verweisen Claus Körting und Merle Bilinski vom VENRO-Projekt »Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung« auf die notwendigen »To Do's« zur Erreichung der MDG und für die Schaffung globaler Gerechtigkeit. Dabei betonen sie besonders die Erschließung zusätzlicher, innovativer Finanzierungsquellen und einen mehrdimensionalen Politikwechsel hin zu einer konsequenten und kohärenten »MDG-Orientierung«.

Insgesamt wird deutlich: Die Millenniumsentwicklungsziele bleiben nach wie vor das Referenzsystem in der Entwicklungszusammenarbeit – es bedarf jedoch tief greifender Reformen bis 2015 und darüber hinaus.



Schreibübungen eines Mädchens in Pakistan

Einleitung: Der MDG-Gipfel 2010

VON HEIKE SPIELMANS

Vom 20. bis 22. September 2010 veranstalteten die Vereinten Nationen in New York ein Hochrangiges Treffen der Generalversammlung zu den Millenniumsentwicklungszielen (MDG). Zehn Jahre zuvor hatten alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die Millenniumserklärung verabschiedet, die die Grundlage für die acht MDG bildete. Fünf Jahre vor dem Zieljahr 2015 stand nun eine letzte große Zwischenbilanz an. Zahlreiche Staats- und Regierungschefs nahmen an dem Gipfel teil, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie konnten in New York an den Fakten, dass zehn Jahre nach der Verabschiedung in einigen Regionen der Welt, besonders in Afrika südlich der Sahara, wenig bis gar keine Fortschritte erzielt wurden, nicht vorbeisehen.

Der Weltarmutsgipfel sollte jedoch nicht nur eine umfassende Bewertung der bisherigen Umsetzung vornehmen, sondern über eine »Aktionsagenda« das Erreichen der MDG bis 2015 vorantreiben. In dieser Hinsicht ist der Gipfel mit enttäuschenden Ergebnissen zu Ende gegangen. Bereits vor Gipfelbeginn hatten sich die UN-Mitgliedsstaaten auf die Abschlusserklärung »Keeping the promise: united to

achieve the MDG« verständigt, deren zentrales Defizit ihre Unverbindlichkeit ist. Die Erklärung bestätigt die Beschlüsse früherer Gipfel und Konferenzen und bekräftigt, dass die Staatengemeinschaft sich nun mit Nachdruck für die Verwirklichung der MDG bis zum Jahr 2015 einsetzen muss. Ob die einzelnen Akteure ihren Beitrag wirklich leisten werden, bleibt zweifelhaft, denn insgesamt ging von dem Gipfel kein Aufbruchssignal aus. Mit Enttäuschung und Kritik hat VENRO daher, ebenso wie zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NRO), auf die Ergebnisse reagiert, während das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) insgesamt eine positive Bilanz zog. »Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern konnten wir wesentliche Prinzipien in der Abschlusserklärung verankern«, so Entwicklungsminister Dirk Niebel. Wichtig ist dem BMZ, dass insbesondere die Themen Eigenverantwortung der Partnerländer, Menschenrechte und gute Regierungsführung reflektiert werden. Ist die Erklärung also trotz ihrer Unverbindlichkeit mehr als eine Ansammlung »warmer Worte«, wie es der VENRO-Vorsitzende Ulrich

Post ausdrückte? Taugt sie als Referenzdokument, an dem sich die künftige Politik – auch der Bundesregierung – messen lassen muss?

Mit dieser Publikation wollen wir die unterschiedlichen Perspektiven der Bewertung nebeneinanderstellen und eine möglichst umfassende Antwort auf die Frage finden, ob es der Konferenz in New York gelungen ist, der Armutsbekämpfung für die kommenden fünf Jahre neue Impulse zu geben.

Damit setzt VENRO seine Reihe von Publikationen fort, mit denen der Verband seit 2001 die MDG-Umsetzung aus zivilgesellschaftlicher Sicht kontinuierlich und kritisch begleitet. Im Rahmen des Projekts »Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung« werden regelmäßig Fachgespräche veranstaltet und entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit geleistet, während die Kampagne »Deine Stimme gegen Armut« öffentlichkeitswirksame Aktionen zur Armutsbekämpfung und den MDG durchführt.

Auch im Vorfeld des Gipfels hatte VENRO mit vielfältigen Aktivitäten die MDG und die zivilgesellschaftlichen Forderungen zu deren Erreichung öffentlich bekannt gemacht. Dazu gehörte ein Diskussionsforum mit Entwicklungsminister Niebel ebenso wie TV-Spots von »Deine Stimme gegen Armut«, in denen sich 12 Tatort-Kommissare für die MDG einsetzen, oder öffentliche »flash mobs«.

Wir wollen in dieser Publikation aber nicht nur die Beschlüsse des Gipfels bewerten, sondern auch einen

Blick auf die Perspektiven für den weiteren entwicklungspolitischen Diskurs rund um die MDG werfen. Mitverantwortlich für die mangelnden Fortschritte bei ihrer Verwirklichung sind auch die Schwächen des MDG-Konzepts selbst. Im letzten Kapitel werden wir daher über die MDG hinausblicken und uns über eine Entwicklungsagenda nach 2015 Gedanken machen. Nicht zuletzt infolge der globalen Krisen der vergangenen Jahre sind die Grenzen eines primär auf Wirtschaftswachstum setzenden Entwicklungsmodells erneut deutlich geworden. Notwendig ist daher ein grundsätzliches Überdenken der vorherrschenden Entwicklungskonzepte – auch mit Blick auf die notwendigen Veränderungsprozesse in den Industrieländern.

Die Auseinandersetzung mit alternativen Modellen und Indikatoren für Entwicklung und Fortschritt darf jedoch nicht dazu führen, dass die Regierungen aus ihrer Verantwortung für die MDG entlassen werden. Armut und menschenunwürdige Lebensbedingungen sind für die Betroffenen eine tägliche Verletzung ihrer grundlegenden Menschenrechte. Den Regierungen bleibt nicht mehr viel Zeit, um zu zeigen, dass sie in der Lage sind, bis 2015 die selbst gesteckten Ziele im Kampf gegen die Armut zu erreichen. Für VENRO heißt dies, dass es weiterhin auf unserer Tagesordnung bleibt, die Bundesregierung an die Einhaltung ihrer Versprechen zu erinnern.

Heike Spielmans ist Geschäftsführerin von VENRO.

»Keeping the Promise« or keep promising? Ein Abgleich zwischen den Erwartungen an den MDG-Gipfel und seinen Ergebnissen

VON DR. MARIANNE BEISHEIM

»High-level Plenary Meeting of the 65th Session of the UN General Assembly on the Millennium Development Goals« lautet der offizielle Titel des MDG-Gipfels, der vom 20. bis 22. September 2010 in New York stattfand. Konkret umfasste das Treffen sechs Plenarsitzungen, sechs Diskussionsveranstaltungen an »Runden Tischen«, rund 80 Nebenveranstaltungen und schließlich eine vorab bereits verhandelte Abschlusserklärung, die von den anwesenden Staats- und Regierungschefs verabschiedet wurde.

Was wurde erreicht bei ...

Die Bewertung des Gipfels schwankt stark, je nachdem, wie hoch die Messlatte gelegt wird. So schrieb Markus Loewe vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), das Abschlussdokument des UN-Millenniumsgipfels sei »nicht viel mehr als heiße Luft«, mit nur unverbindlichen Versprechungen, einer oberflächlichen Bilanz und einer beliebig wirkenden Liste mit Vorschlägen.¹ Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon beschwichtigte dagegen anlässlich ähnlich lautender Vorwürfe vonseiten zivilgesellschaftlicher Gruppen: »You need to be realistic« und bewertete das Abschlussdokument wie folgt: »This outcome document is the maximum and best we could expect at this time.«² Immerhin enthalte es einen Aktionsplan, der »very concrete, detailed and deliverable« sei. Ist das Glas also halb voll oder halb leer? In welcher Hinsicht hat der Gipfel die an ihn gestellten Erwartungen erfüllt, wo hat er enttäuscht?

... der Bilanz und Analyse der erzielten Fortschritte?

Ein wichtiges Ergebnis des Gipfels ist sicherlich, dass zehn Jahre nach der Festschreibung der MDG ausführlich Zwischenbilanz gezogen wurde. Die Daten der nationalen »MDG Progress Reports« wurden auf UN-Ebene zusammengeführt und in einem zentralen Bericht vorgestellt, der es erlaubt, regional und sektoral differenziert Fortschritte, Stagnation oder Rückschritte zu bilanzieren und zu ana-

lysieren.³ So sind Fortschritte vor allem in China, Indien und Südostasien zu beobachten, während die Entwicklung in Subsahara-Afrika deutlich hinterherhinkt. Auch da, wo auf nationaler Ebene Fortschritte gemessen werden, sind diese innerhalb der Länder meist ungleichmäßig verteilt. So nimmt in China trotz der erheblichen Wachstumserfolge die interne Einkommensdisparität zu. In vielen Regionen kämpft vor allem die Landbevölkerung mit großen Problemen; benachteiligt sind auch Frauen, Ältere, Indigene oder Menschen mit Behinderungen.

Die verschiedenen UN-Organisationen brachten je eigene Berichte zu ihren Schwerpunktthemen heraus, oft verbunden mit einer Fülle von Vorschlägen und beispielhaften Projekterfahrungen. Auf nationaler Ebene berichteten die Geber- und Partnerländer anlässlich des Gipfels über ihre Aktivitäten zum Erreichen der Ziele. Ergänzt oder auch kontrastiert wurde das Ganze durch Berichte, Analysen und Empfehlungen unabhängiger Nichtregierungsorganisationen (NRO)⁴ und aus der Wissenschaft. Schließlich identifizierte der kurz vor dem Gipfel erschienene Bericht der sogenannten MDG Gap Task Force,⁵ einer vom UN-Generalsekretär 2007 eingesetzten Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aller betroffenen internationalen Organisationen, die noch zu bewältigenden Herausforderungen mit Bezug auf MDG 8 – also das Ziel, das vor allem die Industrieländer in die Verantwortung nimmt und das vielen als eines der am wenigsten erreichten Ziele gilt.

Viele dieser Daten wurden zum Gipfel in den Medien und auf einer Vielzahl von Websites grafisch aufbereitet.⁶ Der Gipfel hat also erfolgreich eine Menge an Informationen generiert und in die Öffentlichkeit gebracht. Wie oft bei solchen Prozessen kamen die (meist zudem mindestens zwei Jahre alten) Daten zu spät, um im Verhandlungsprozess noch weitreichende Wirkung zu zeitigen. Auch der Fokus der Indikatoren auf quantitative Ziele beschränkt die Analyse – Indikatoren für die Qualität von Leistungen (zum Beispiel von Bildung oder Gesundheitsdienstleistungen)

1 Markus Loewe: Entwicklungspolitik; Der Millenniumsgipfel war ein Flop, ZEITonline vom 28.09.2010.

2 Interview mit UN-Generalsekretär Ban Ki-moon auf dem Reuters AlertNet, 14.09.2010, <http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/N14145844.htm>

3 Vereinte Nationen 2010: Millenniums-Entwicklungsziele. Bericht 2010, New York.

4 Zum Beispiel Global Policy Forum Europe/terre des hommes 2010: Armutszeugnis 2010. Bilanz und Perspektiven der Millenniumsentwicklungsziele, Bonn/Osnabrück.

5 UN 2010: Millennium Development Goal 8. The Global Partnership at a Critical Juncture. MDG Gap Task Force Report 2010, New York.

6 So zum Beispiel in Form von »Score Cards«, »Progress« beziehungsweise »Gapminder Charts« oder Weltkarten mit Ampelsymbolen.

müssen hinzukommen, und auch Verteilungsfragen sollten stärker thematisiert werden. Nicht selten ist zudem die Datengrundlage unzuverlässig. Entsprechend wurde in der Abschlusserklärung konsequenterweise der Aufruf wiederholt, die statistischen Kapazitäten der Entwicklungsländer zu stärken (Para 68, 69). Nur so können die Daten eine zuverlässige Grundlage bieten, sei es für das Monitoring und die Analyse von Fortschritten oder für ein an die Probleme angepasstes Design von Projekten oder Programmen.

Das Abschlussdokument greift die Daten und Analysen auf und thematisiert »lessons learned« – wo gab es gute Fortschritte, wo(ran) hapert es, welche guten Ansätze sollten fortgeführt werden und wo besteht Bedarf für verstärkte Anstrengungen? Ob eine solche Analyse dann auch den politischen Willen generiert, tatsächlich mehr und das Richtige zu tun, ist eine andere Frage.

... verstärkten Anstrengungen und mehr Mitteln?

Die Analyse auf Basis der oben genannten Daten zeigt: Um alle Ziele bis 2015 noch zu erreichen, sind raschere Fortschritte und deshalb verstärkte Anstrengungen notwendig. Dies wird im Abschlussdokument auch explizit anerkannt (Para 20). Darüber hinaus werden für die einzelnen Ziele diverse Vorschläge für entsprechende Maßnahmen benannt. Allerdings handelt es sich nicht um ein Aktionsprogramm, das in irgendeiner Weise verbindlich wäre – ich komme darauf noch zurück.

Positiv ist die neue Initiative zur Verbesserung der Mütter- und Kindergesundheit, die »Global Strategy for Women's and Children's Health«, des UN-Generalsekretärs zu verbuchen. Hier wurden tatsächlich aus den mangelnden Fortschritten zu den MDG 4 und 5 Konsequenzen gezogen und auf dem Gipfel offiziell eine neue Initiative gestartet. Insgesamt wurden bislang mehr als 40 Milliarden US-Dollar für die nächsten fünf Jahre zugesagt.⁷

7 Es ist leider unklar, inwieweit diese Summe tatsächlich zusätzliche Mittel beziffert. Im Rahmen der G8-»Muskoka-Initiative« zur Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit kamen bislang 5 Milliarden US-Dollar zusätzlicher Mittel vonseiten der Geberländer zusammen (die G8-Präsidentschaft kündigte auf dem Gipfel an, es sollten mindestens 10 Milliarden werden). Private Hilfsorganisationen wie die Bill & Melinda Gates Foundation, World Vision oder Care haben je gut 1,5 Milliarden zugesagt (vgl. das »Commitments Summary« vom 1.10.2010 unter http://www.un.org/sg/hf/global_strategy_commitments.pdf).

Nur sehr wenige Geberländer haben eine Erhöhung ihrer Entwicklungsetats angekündigt (zum Beispiel Frankreich und die Schweiz). Noch weniger Länder (Dänemark, Schweden, Norwegen, Luxemburg und die Niederlande) erfüllen das 0,7-Prozent-Ziel, mit dem sich Industriestaaten verpflichtet haben, bis zum Jahr 2015 einen entsprechenden Anteil ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Die deutsche Quote liegt 2010 bei rund 0,4 Prozent des BNE – damit werden die 2005 für 2010 versprochenen und im EU-Stufenplan festgeschriebenen 0,51 Prozent nicht erreicht. Das ist mehr als ernüchternd. Vermutlich konnten aber immerhin wegen der im Gipfelzusammenhang erhöhten gesellschaftlichen Aufmerksamkeit weitere reichende Streichungen vermieden werden, die in Zeiten von Finanzkrise und Sparprogrammen drohten. Ein Beispiel dafür sind die Mittel für den Globalen Fonds zum Kampf gegen Aids, Tuberkulose und Malaria, die im Zusammenhang mit MDG 6 relevant sind. Deutschland sah sich im Umfeld des UN-Gipfels starkem Druck ausgesetzt, die bisherige Höhe der Zuwendungen zu diesem multilateralen Fonds zumindest beizubehalten und nicht stattdessen zukünftig verstärkt auf bilaterale Zusammenarbeit zu setzen. Es wäre auch merkwürdig, ausgerechnet den multilateralen Fonds nicht mehr zu unterstützen, der das sonst so stark betonte Prinzip einer »ergebnisorientierten Finanzierung« besonders stringent verfolgt.

Angesichts ihrer Haushaltslage betonten einige Staats- und Regierungschefs der Geberländer erneut die Relevanz innovativer Finanzmechanismen, wie vor allem der Besteuerung von Finanztransaktionen. Besonders Frankreich will sich während seiner G8/G20-Präsidentschaft im nächsten Jahr dafür einsetzen. US-Präsident Obama kündigte in seiner Rede zum Gipfel eine neue »U.S. Global Development Policy« an – auf die Umsetzung darf man gespannt sein. So hat der Gipfel einiges in Bewegung gesetzt – dass jedoch ohne zusätzliche Mittel raschere Fortschritte zu erzielen sein sollen, bleibt zu beweisen.

... neuen Konzepten und Strategien?

Im Vorfeld des Gipfels lebte die Debatte wieder auf, ob von oben verordnete sektorale Einzelziele überhaupt sinnvoll sind, um Armut erfolgreich zu bekämpfen, oder ob nicht vielmehr Strukturreformen notwendig wären. Statt an Symptomen herumzudoktern solle eine kohärente Strategie



Teilnehmer eines »Food for Work-Projektes« in Afghanistan

zur Bekämpfung der Ursachen von Armut verfolgt werden, die systemische Zusammenhänge stärker berücksichtigt. Grundlage hierfür soll ein komplexes Armutsverständnis sein – jenseits der simplen Einkommensindizes, die für MDG 1 als Indikator herangezogen werden. Auch wirtschafts- und sozialpolitisch werden die MDG von verschiedenen Seiten als konzeptlos kritisiert. Wachstumsorientierte Ökonomen plädieren für zusätzliche Ziele zur Förderung produktiver Kapazitäten und zum Ausbau der Infrastruktur in Entwicklungsländern, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Zivilgesellschaftliche Organisationen verweisen auf die Probleme sozialer Ungleichheit in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern. Sie fordern auf Basis eines menschenrechtlichen Ansatzes eine redistributive Steuerpolitik und die Finanzierung einer sozialen Grundsicherung der Ärmsten. Regionalexpertinnen und -experten verlangen verstärkte Bemühungen bei der Friedenssicherung und beim Aufbau demokratischer staatlicher Strukturen im Zusammenspiel mit guter Regierungsführung (good governance) und der Achtung grundlegender Menschenrechte. Zu diesen Aspekten gibt es in den MDG keinerlei Zielvorgaben. Schließlich berücksichtigen auch die einzelnen Unterziele zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung (MDG 7) nicht hinreichend verschiedenste Wechselwirkungen zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung.

Diese Kritik hat das Abschlussdokument aufgegriffen und betont, dass die MDG keine isolierten Ziele, sondern miteinander verbunden seien. Darüber hinaus werden zwar

keine bahnbrechenden neuen Konzepte entwickelt, aber im Abschlussdokument finden sich immerhin Verweise auf die Bedeutung der Menschenrechte (Para 53, 55) und sogar zarte Ansätze in Richtung sozialer Grundsicherung. Dazu gehören die Verweise auf die Förderungswürdigkeit eines allgemeinen Zugangs zu sozialen Diensten und des Aufbaus von Sockeln sozialen Schutzes (Para 23 f, h) oder die Bedeutung von menschenwürdiger Arbeit für alle und Unterstützung für den Globalen Beschäftigungspakt der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Dennoch können die wohlklingenden Verweise nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade hinsichtlich entwicklungspolitischer Strategien kein globaler Konsens besteht, der operativ umsetzbar wäre. Stattdessen konnten wir im Umfeld des Gipfels die typischen Nord-Süd-Konflikte beobachten: Die Geberländer betonten die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer und die Notwendigkeit einer verbesserten Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Gleichzeitig blenden sie die Versäumnisse bei der Umsetzung der Ziele des MDG 8 zu den Rahmenbedingungen im internationalen Handels- und Finanzsystem weitgehend aus oder lassen diese unkonkret; sie verbleiben nach wie vor ohne verpflichtende quantitative Vorgaben und Fristen. Vonseiten der Entwicklungsländer waren hierauf abzielend altbekannte Vorwürfe zu hören und die Aufforderung, derartige globale Ungerechtigkeiten als Ursache der Armut zu beseitigen.

So ist das Zusammenbringen der MDG-Ziele mit der Debatte über angemessene Umsetzungsstrategien eine der

größten Baustellen. Es fehlen beispielsweise bessere Konzepte zum Umgang mit gescheiterten Staaten und Nachkriegsgesellschaften oder zur Förderung und Verregelung der so bedeutsamen Direktinvestitionen, auch im Rahmen der erstarkten Süd-Süd-Zusammenarbeit.

Interessant ist der Umstand, dass zum Gipfel keine Bilanz zu den Typ-II-Abkommen und -Partnerschaften zur Umsetzung der MDG mit privater Beteiligung, die noch 2002 in Johannesburg als innovative Strategie gefeiert wurden, vorlag. Zwar gab es einige Side-Events und auch einen Round Table zum Thema, aber keine systematische Evaluierung der in der Datenbank der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung aufgelisteten öffentlich-privaten Partnerschaftsprojekte.

Impulse in Richtung innovativer und umfassender Politikkonzepte verspricht die im Jahr 2012 anstehende UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung (UNCSD) in Rio de Janeiro. Das dem Konzept einer »Grünen Ökonomie« zugrunde liegende Ziel des nachhaltigen Umbaus des Wirtschaftens passt zur Forderung nach einem ganzheitlicheren Ansatz auch in der Entwicklungspolitik. Für Entwicklungs- und Schwellenländer könnte das Konzept dann attraktiv sein, wenn es im Sinne einer *win-win*-Strategie neben Umweltaspekten auch Entwicklungsziele glaubwürdig integrieren würde. Auf dem MDG-Gipfel war dies bereits Thema eines Round Table: Die finnische Präsidentin Tarja Halonen, stellvertretende Vorsitzende des »UN High-Level Panel on Global Sustainability«, betonte dort die Relevanz eines »new development paradigm with environmental sustainability and social inclusion at its centre«.⁸

... institutionellen Neuerungen für mehr Transparenz und Rechenschaft?

Im Vorfeld des Gipfels hatte Ban Ki-moon dazu aufgerufen, einen Aktionsplan zu verabschieden, der neben konkreten Schritten mit einem verbindlichen Zeitrahmen auch Verantwortlichkeiten festlegt und Rechenschaftsinstrumente enthält, um Überprüfungen zu ermöglichen. Aber ausgerechnet hier enttäuscht die Abschlusserklärung. Zwar finden sich ein paar sehr weiche Formulierungen zu »Bemühungen« um Lenkungssysteme auf nationaler und internationaler Ebene, die stärker auf Transparenz und Rechenschaftspflicht ab-

zielen (Para 23 n, o), aber sonst wurde an diesen Paragrafen bei den Vorverhandlungen so stark herumgestrichen, dass von Ban Ki-moons Forderung kaum noch etwas übrig blieb. Auch die Verweise auf eine verstärkte zivilgesellschaftliche Partizipation, welche die Einhaltung beziehungsweise Nichteinhaltung von Zusagen sichtbar machen könnte, wurden gestrichen.

Dabei zeigen Forschungsergebnisse, dass institutionelle Mechanismen, mit denen sich die Umsetzung von Vereinbarungen wirksam überprüfen lässt, extrem wichtig sind. Dies gilt unabhängig davon, ob die zugrunde liegenden Vereinbarungen verbindlich oder unverbindlich sind. Auch völkerrechtlich verbindliche Verträge werden nicht zwingend eingehalten. Vielmehr ist es entscheidend, die normative Bindungswirkung einer Vereinbarung hochzuhalten. Dies geht nicht nur über Zwang, sondern auch über normative Appelle. Für beides ist jedoch Transparenz und Rechenschaft eine unverzichtbare Grundlage. Deshalb sind auch die bereits genannten Daten so wichtig. Ein darüber hinausgehender Schritt institutioneller Reform wäre es, anderweitig erfolglose Appelle über die Schaffung und dann Anrufung von schiedsgerichtsähnlichen Gremien (sogenannte »Appellate Bodies«) in formalisierte Verfahren zu überführen.

Die Schaffung eines multilateralen Rahmens für die Zusammenführung nationaler Zusagen sowie der Aufbau von effektiven Rechenschaftsinstrumenten, die sowohl auf globaler als auch nationaler Ebene angesiedelt sind, wäre auch für eine Post-2015-Architektur wichtig. Schließlich sagte US-Präsident Obama in seiner Plenarrede: »Let's resolve to put an end to hollow promises that are not kept. Let's commit to the same transparency that we expect of others«.⁹

»Keeping the Promise« – or keep promising?¹⁰

Das erfolgreich verhandelte und von der UN-Generalversammlung verabschiedete Abschlussdokument beginnt und endet mit der Absichtserklärung, dass das Versprechen, welches mit den Millenniumszielen gegeben wurde, ge-

8 <http://www.un.org/News/Press/docs/2010/ga10993.doc.htm>

9 <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2010/09/22/remarks-president-millennium-development-goals-summit-new-york-new-york>

10 Silke Weinlich (DIE) 2010: The United Nations MDG+10 Summit: Development Consensus Renewed, Implementation Nowhere in Sight. (<http://bonnsustainabilityportal.de/?p=9401>)

halten werden soll. Damit bleiben die Millenniumsziele *das* Referenzsystem in der Entwicklungszusammenarbeit. Zwar war es nicht möglich, die Ziele mit einem verbindlichen Aktionsprogramm für die nächsten fünf Jahre zu versehen. Im Abschlussdokument fordern sich die Staats- und Regierungschefs jedoch gewissermaßen selbst dazu auf, solche vorzulegen. Das »top-down«-Design der MDG wurde in der Vergangenheit oft kritisiert. Es liegt nun an den Staaten selbst – an Geber- wie Empfängerländern –, die multilateral vorgegebenen Ziele durch »bottom-up«-Aktivitäten umzusetzen, deren Erfolge dann wiederum auf multilateraler Ebene erfasst und überprüft werden sollten.

Das gilt auch für das deutsche Engagement. Bereits im Umfeld des MDG-Gipfels warb die deutsche Regierung für einen (nichtständigen) Sitz im wichtigsten Gremium der Vereinten Nationen, dem Sicherheitsrat – unter anderem mit dem Argument, dass Deutschland ein zuverlässiger Partner

in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit sei. Nach der Wahl sagte Außenminister Westerwelle, die Bundesregierung werde alles tun, um diesen Vertrauensvorschuss zu rechtfertigen: »Die Welt weiß, dass sie sich auf uns verlassen kann.«¹¹ Um diesen auch im Abschlussdokument deklarierten politischen Willen vom Papier in die Realität umzusetzen, sollten zivilgesellschaftliche Gruppen die Erinnerung an die eingegangenen normativen Verpflichtungen wachhalten und weiter auf rasche und energische Umsetzung der Ziele drängen – damit es in 2013 beim nächsten UN-Gipfel substanzielle Fortschritte zu berichten gibt.

Dr. Marianne Beisheim ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Globale Fragen der Stiftung Wissenschaft und Politik. Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder.

11 <http://www.guido-westerwelle.de/Westerwelle-Die-Welt-kann-sich-auf-Deutschland-verlassen/35143c1i1p/index.html>

Jede Stimme zählt: Wie wir die Millenniumsziele bis 2015 erreichen können

VON DIRK NIEBEL

»Deine Stimme gegen Armut« fordert die VENRO-Kampagne im Jahr der Millenniumsziele 2010. Als Bundesentwicklungsminister gehöre ich zu den Politikern, die ihre Stimme gegen Armut einsetzen – genauso wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, mit der ich gemeinsam zum Millenniumsgipfel im September nach New York gereist bin. Mir gefällt die VENRO-Kampagne, denn sie macht deutlich: Jede Stimme zählt. Wir brauchen das Engagement jedes Einzelnen. Entwicklungspolitik braucht Rückhalt bei den Bürgerinnen und Bürgern. In Zeiten knapper Kassen werbe ich dafür, Steuergelder für eine global nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Dazu benötige ich Unterstützung. »Deine Stimme gegen Armut« hilft, die Ziele der deutschen Entwicklungspolitik einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen.

Unsere Ziele leiten sich aus der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen ab, zu der sich die Staats- und Regierungschefs von 189 Staaten im Jahr 2000 verpflichtet haben: dem Versprechen, die Lebensbedingungen vieler Menschen auf dieser Welt zu verbessern. Die Millenniumserklärung benennt vier Handlungsfelder: Frieden und Sicherheit gewährleisten, Armut mindern, unsere gemeinsame Umwelt schützen sowie Menschenrechte und gute Regierungsführung fördern. Daraus leiteten die Vereinten Nationen nach dem Gipfel im Jahr 2000 die acht Millenniumsentwicklungsziele ab.

Die Millenniumsentwicklungsziele beschreiben einen Mindeststandard für ein menschenwürdiges Leben. Wir, Entwicklungs- und Geberländer gemeinsam, wollen sie bis 2015 erreichen. Fünf Jahre vor der Ziellinie bleibt jedoch noch viel zu tun: Global gesehen gibt es beachtliche Erfolge, aber die Herausforderungen sind weiterhin groß. Große Fortschritte gibt es beispielsweise bei der Armutsreduzierung, im Bereich der Grundbildung und beim Zugang zu sauberem Trinkwasser. Diese Erfolge machen Mut. Gleichzeitig ist die Müttersterblichkeit weltweit nach wie vor sehr hoch, Ernährungssicherung und Sanitärversorgung sind in vielen Ländern weiterhin ungenügend. Weltweit ist deutlich geworden: Insbesondere die Gruppe der ärmsten Länder und die fragilen Staaten, in denen gewaltsame Konflikte ausgetragen werden und die sich mit guter Regierungsführung schwertun, sind am weitesten von den gesteckten Zielen entfernt.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre haben wir Lehren gezogen für unser weiteres Vorgehen bis 2015. Sechs Punkte haben wir in New York eingebracht.

Erstens haben wir gelernt: Entwicklungsfördernde Rahmenbedingungen sind entscheidend. Wir müssen die Handlungsfelder der Millenniumserklärung berücksichtigen, die in den Millenniumsentwicklungszielen nicht vollständig abgebildet sind: Frieden und Sicherheit, Schutz der gemeinsamen Umwelt sowie Demokratie, Menschenrechte und gute Regierungsführung.

Zweitens brauchen wir einen ganzheitlichen Ansatz. Die einzelnen Millenniumsziele hängen wechselseitig stark voneinander ab, man kann kein Ziel losgelöst von den anderen angehen. Ein Beispiel: Die Mütter- und Kindersterblichkeit sinkt, wenn Mädchen und Frauen Zugang zu Bildung haben. Denn dann wissen mehr Frauen, welche Gesundheitsversorgung sie für sich und ihre Kinder benötigen.

Drittens ist entscheidend, dass alle Entwicklungspartner zur Erreichung der Millenniumsziele beitragen: nicht nur die Regierungen des Südens und des Nordens, sondern auch die Zivilgesellschaft und die Privatwirtschaft hier wie dort, ebenso neue Geber und neue Akteure der internationalen Entwicklungspolitik. Denn Staaten können nicht alles leisten. Wir müssen uns vor Augen halten: 2009 betrugen die offiziellen Entwicklungsgelder weltweit 120 Milliarden US-Dollar, die weltweiten ausländischen Direktinvestitionen im selben Jahr beliefen sich auf knapp zehn Mal so viel. Die Hälfte davon floss in Entwicklungs- und Schwellenländer. Wenn unsere Partner in der Wirtschaft die sozial verantwortliche Unternehmensführung ernst nehmen, sind ausländische Direktinvestitionen ein überwältigend wirkungsvoller Hebel für Entwicklung.

Viertens müssen wir die Entwicklungsländer darin stärken, ihre Eigenverantwortung für Entwicklung wahrzunehmen. Wichtig sind hierfür einheimische Ressourcen, etwa aus Rohstoffeinnahmen, aus nachhaltigem Wirtschaftswachstum und durch faire und effiziente Steuersysteme. Auch die deutschen Nichtregierungsorganisationen tragen dazu bei, die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer zu stärken: indem sie mit zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort kooperieren und so bürgerschaftliches Engagement fördern.

Fünftens lehren uns die Erfahrungen, dass nachhaltiges und breitenwirksames Wirtschaftswachstum die beste Form der Armutsreduzierung ist. Die Förderung von Wirtschaftswachstum muss deshalb im Zentrum aller Bemühungen stehen. An diesem Wachstum müssen alle Frauen und Männer, auch und besonders die Ärmsten und Schwächs-



Mongolisches Zelt betrieben mit Solarenergie

ten, teilhaben. Wirtschaftswachstum muss Chancen für alle schaffen, ihren Lebensunterhalt unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen zu verdienen und für die Bildung und Gesundheit ihrer Familien zu sorgen.

Und sechstens müssen wir verstärkt die neuen Herausforderungen angehen, denen die Weltgemeinschaft gegenübersteht, wie beispielsweise den Klimawandel, den Verlust von Artenvielfalt, die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise oder die immer drängender werdenden Energiefragen.

Alle sechs Punkte haben wir erfolgreich in das Abschlussdokument des Millenniumsgipfels in diesem September eingebracht. Dieses Dokument ist ein ausgewogener,

guter Kompromiss zwischen Entwicklungsländern und Geberländern, der konkrete Politiken und Strategien aufzeigt, um die Millenniumsziele zu erreichen, sowie spezifische Maßnahmen für jedes einzelne der acht Ziele. Wir können die Millenniumsziele bis 2015 erreichen, indem wir die Strategien aus diesem Dokument umsetzen.

An dem Millenniumsgipfel haben zahlreiche Staats- und Regierungschefs teilgenommen, darunter auch Bundeskanzlerin Merkel. Das hat geholfen, das öffentliche Bewusstsein für die acht Ziele zu schärfen. Genauso wichtig war jedoch das große Engagement der Zivilgesellschaft weltweit. Allein in Deutschland haben die rund 3.000 deutschen entwicklungspolitischen Vereine und Verbände, Eine-Welt-

Läden, Städte- und Schulpartnerschaften Großartiges geleistet und den Millenniumszielen zu der öffentlichen Aufmerksamkeit verholfen, die sie brauchen.

Es gibt jetzt ein neues Momentum, um die Ziele bis 2015 zu erreichen. Wir haben in New York die globale Entwicklungspartnerschaft bekräftigt und erneuert. Nach der kontroversen UN-Konferenz zur Wirtschafts- und Finanzkrise im Juni 2009 und dem Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz im Dezember 2009 war der Millenniumsgipfel 2010 in New York ein Erfolg. Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben dieses Jahr bewiesen, dass sie zusammenstehen, wenn es darum geht, globale Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Das ist ein gutes und wichtiges Signal für die Zukunft.

Die Bundesregierung wird dieses Momentum nutzen. Wir werden auch künftig Mittel für die Entwicklungsfinanzierung aus allen Quellen mobilisieren. Wir halten unsere Zusagen ein – das haben wir bei der gerade zurückliegenden Wiederauffüllungskonferenz des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) gezeigt. Zu Recht wird auch im Abschlussdokument des Millenniumsgipfels das gemeinsame 0,7-Prozent-Ziel für Geberstaaten bekräftigt.

Gerade in Zeiten knapper Kassen müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern beweisen: Unsere Arbeit ist erfolgreich. Unsere Entwicklungspolitik muss daher in Deutschland sichtbarer, die Umsetzung wirksamer werden. Hierzu haben wir im letzten Jahr bereits viel erreicht. Das Bundesentwicklungsministerium führt derzeit die drei Institutionen der technischen Zusammenarbeit – GTZ GmbH, InWEnt gGmbH, DED gGmbH – zu einer neuen, effizienten Organisation zusammen. Am 1. Januar wird die neue Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ihre Arbeit aufnehmen.

Auch jenseits dieser Reform steuern wir grundsätzlich um: weg von der Input- und hin zu der Outcome-Orientierung. Es geht nicht darum, wie viel Geld wir ausgeben, sondern welche Ergebnisse wir mit diesem Geld erzielen. Dies war ein zentrales Thema, das Bundeskanzlerin Merkel und ich bei dem Gipfeltreffen in New York eingebracht haben.

Um die Wirksamkeit unserer Arbeit zu erhöhen, gehen wir neue Wege: Derzeit prüfen wir ein Pilotvorhaben zu »Aid on Delivery«. Das bedeutet: Das Entwicklungsland erbringt zunächst Leistungen mit den eigenen Strukturen,

etwa im Gesundheits- oder Bildungsbereich, und erhält danach die Kosten erstattet. Wir können so die Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten ausgewählter Partnerländer und ihrer Institutionen stärken, anstatt sie durch Entwicklungszusammenarbeit von außen zu ersetzen. Wir diskutieren diese Idee mit anderen Gebern, die ebenfalls in diese Richtung denken, zum Beispiel mit Großbritannien, und tauschen uns über erste Erfahrungen aus. Ähnlich innovative, wirkungsorientierte Ansätze unterstützen wir auch bei multilateralen Organisationen, zum Beispiel bei der Weltbank.

Indem wir die Strategien aus dem Abschlussdokument des Millenniumsgipfels umsetzen und dabei neue, wirkungsorientierte Wege gehen, werden wir unsere Partnerländer darin unterstützen, die Ziele bis 2015 zu erreichen. Schließlich müssen wir aber auch über das Jahr 2015 hinausdenken. Für unsere künftige Arbeit müssen wir berücksichtigen, dass sich die Entwicklungsarchitektur ändert und globale öffentliche Güter für Entwicklung wichtiger werden: Klimawandel, die Nahrungs- und Energiekrise, die Knappheit natürlicher Ressourcen, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie gewalttätige Konflikte wirken sich unmittelbar auf unsere Partnerländer aus. Ich möchte die VENRO-Mitglieder einladen, mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bundesentwicklungsministerium und mir intensiv zu diskutieren, wie wir uns gemeinsam diesen künftigen Herausforderungen stellen können.

Dirk Niebel ist Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Warme Worte und leere Taschen – eine Bilanz des MDG-Gipfels aus zivilgesellschaftlicher Sicht

VON ULRICH POST

Der MDG-Gipfel, der in New York stattfand, hatte im Vorfeld hohe Erwartungen ausgelöst. Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Norden wie im Süden hatten ihre Forderungen an den Gipfel und ihre jeweiligen Regierungen formuliert. »5 vor 2015« lautete der Titel eines Forderungspapiers, das VENRO und acht NRO-Bündnisse einige Monate vor dem Gipfel an die Bundesregierung gerichtet haben. Vom Gipfel müsse ein neuer »Push« ausgehen, um die Anstrengungen zur Erreichung der MDG in den verbleibenden fünf Jahren zu erhöhen. An zentraler Stelle forderten die NRO verbindliche Aktionspläne, in denen dargelegt werden müsse, was sowohl die internationale Gemeinschaft als auch die nationalen Regierungen unternehmen wollen, um die deutlichen Defizite, die bei der Umsetzung aller MDG zu verzeichnen sind, so weit wie möglich zu beheben.

Die Ergebnisse des Gipfels haben bei NRO und Medien eine überwiegend kritische bis negative Beurteilung erfahren. »Der MDG-Gipfel war ein Flop«, heißt es kurz und bündig in einem Pressekommentar. Im Zentrum der Kritik stand, dass der Gipfel eben keinen verbindlichen Aktionsplan für die Erreichung der MDG bis zum Jahr 2015 auf den Weg gebracht hat und dass mit Ausnahme einer neuen Initiative zur Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit keine neuen Zusagen für die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Ressourcen für Armutsbekämpfung und Entwicklung getroffen wurden.

Abschlussklärung – unverbindlich, aber handlungsleitend

Bereits vor Gipfelbeginn hatten sich die UN-Mitgliedsstaaten auf die Abschlussklärung »Keeping the promise: united to achieve the MDG« verständigt. Das entscheidende Defizit dieser Erklärung ist ihre Unverbindlichkeit. Auf 34 Seiten werden alle Akteure, Regierungen, internationale Organisationen, die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft dazu aufgerufen, ihre Anstrengungen zur Erreichung der MDG zu verstärken; ob sie dies tatsächlich tun, bleibt ihnen letztendlich selbst überlassen. Auch wenn sich die Erklärung selbst als »Aktionsprogramm« bezeichnet, stellt sie keinen verbindlichen Aktionsplan, wie ihn die NRO weltweit gefordert haben, dar.

Trotzdem verdient die Abschlussklärung politische Aufmerksamkeit. Sie leistet eine differenzierte Zwischenbilanz bei der Zielerreichung der einzelnen MDG, die teils

Hoffnung gibt und teils große Sorgen bereitet. Die Erklärung stellt die MDG in den Kontext der Millenniumserklärung und der anderen wichtigen internationalen Vereinbarungen der letzten Jahrzehnte, darunter Johannesburg, Monterrey und Doha. Sie betont ausdrücklich die zentrale Bedeutung von Frieden und Sicherheit, der Menschenrechte, der Geschlechtergerechtigkeit, der guten Regierungsführung, der Bekämpfung des Klimawandels und adressiert damit ausdrücklich die Themen, die bei den MDG bisher »unterbelichtet« sind.

Alles in allem liefert die Abschlussklärung keine wirklich neuen Erkenntnisse, sie fasst eher zusammen, was in vielen anderen Dokumenten schon steht, und bei den vagen Formulierungen in manchen Abschnitten wird der Kompromisscharakter einer solchen Erklärung deutlich. So sollen beispielsweise neue, innovative Finanzierungsmechanismen »sondiert« werden, aber konkrete, breit unterstützte Instrumente, wie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, haben leider nicht ihren Weg in das Abschlussdokument gefunden. Trotzdem kann die Abschlussklärung bei zukünftigen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zur Unterstützung der MDG als Referenzdokument dienen. Denn sie liefert eine Vielzahl konkreter Handlungsempfehlungen, die sich sowohl an die Regierungen der Entwicklungsländer wie auch der Industrieländer richten. An der Umsetzung dieser Empfehlungen werden sich die Regierungen im Norden wie im Süden – und auch die Bundesregierung – in den kommenden Jahren messen lassen müssen. Denn die magere Bilanz bei der Erreichung der globalen Ziele hat ihre Hauptursache im fehlenden politischen Willen vieler Regierungen im Norden wie im Süden, eine konsequente Politik in Richtung der Millenniumsziele zu betreiben.

Eigenverantwortung ja – aber für alle

Wie ein roter Faden zog sich durch viele Reden der Staats- und Regierungschefs eine Kernbotschaft, die von Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel besonders betont wurde: die Eigenverantwortung der Regierungen der Entwicklungsländer. Die Kernbotschaft der Rede von Angela Merkel lautete: Der Entwicklungsprozess liege in erster Linie in der Verantwortung der Regierungen der Entwicklungsländer. Entwicklungspolitik könne nur erfolgreich sein, wenn der Prozess national gesteuert und umgesetzt werde. Dabei seien Wirksamkeit und Ergebnisorientierung

von zentraler Bedeutung, insbesondere hob sie das Instrument der ergebnisorientierten Finanzierung hervor.

Als Nichtregierungsorganisationen unterstützen wir die Ausrichtung von Entwicklungspolitik an den Prinzipien der Wirksamkeit und der Eigenverantwortung von Entwicklungsländern. Eine stärkere Wirkungsorientierung ist nicht nur notwendig, um die Millenniumsziele im Endspurt auf das Jahr 2015 zu erreichen, sondern auch, um die Legitimation von Entwicklungszusammenarbeit zu stärken. Langfristiges Ziel von Entwicklungszusammenarbeit sollte es sein, sich überflüssig zu machen; dies kann nicht ausschließlich durch, aber auch nicht ohne ihre stärkere Wirksamkeit erreicht werden.

Seit 2003 werden in einem international abgestimmten Prozess unter dem Dach der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Kriterien entwickelt und mit Indikatoren versehen, die zu mehr Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit beitragen sollen. Entscheidende Prinzipien, auf die sich die in diesen Prozess involvierten Geber- und Empfängerländer unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zuletzt in der »Accra Agenda for Action« 2008 verständigt haben, sind neben der Ergebnisorientierung von Entwicklungszusammenarbeit auch die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer im Entwicklungsprozess, die gegenseitige Rechenschaftslegung von Geber- und Empfängerländern, eine bessere Abstimmung der Geber untereinander und die Ausrichtung ihrer Entwicklungszusammenarbeit an den Strategien, Institutionen und Verfahren der Entwicklungsländer. Entscheidend bei diesem gemeinsam erarbeiteten Wirkungsverständnis ist, dass die Mittel für Entwicklungsmaßnahmen dann effektiv eingesetzt sind, wenn sie vom Partnerland in einem eigenständigen, demokratischen Prozess entwickelt werden und auch die Geber Rechenschaft ablegen und sich zu Transparenz, Langfristigkeit und Verlässlichkeit verpflichten.

Im gleichen Zuge, in dem sich die Bundesregierung zu mehr Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit bekennt, sollte sie sich an diesem von ihr mitgetragenen Konsens orientieren. Anstatt die Verantwortung komplett auf die Regierungen von Entwicklungsländern abzuschieben, würden dann auch Entwicklungshindernisse aufseiten der Geber in den Blick geraten, die sich zum Beispiel in Schwerpunktsetzungen im eigenen Interesse, unzureichender Vorhersehbarkeit, Lieferbindungen und fehlender Transparenz in der Entwicklungszusammenarbeit ausdrücken. Denn ein



Kongolesische Frau stampft Maniok

zentrales Element wirksamer Entwicklungszusammenarbeit ist und bleibt entwicklungspolitische Kohärenz aufseiten der Geber – die Betonung der Verantwortung seitens der Entwicklungsländer darf deshalb nicht dazu führen, dass eine Vermischung entwicklungspolitischer Interessen Deutschlands mit solchen der Außenwirtschaftsförderung überdeckt wird.

Auch die NRO müssen sich der Debatte über die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer für die Erreichung der MDG offensiv stellen. Vor dem Hintergrund internationaler Vereinbarungen zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit haben wir dabei die folgende Zielrichtung: Ohne die Eigenverantwortung in Abrede stellen zu wollen, betonen wir eine gemeinsame Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern für die Erreichung der MDG. Die Schaffung von mehr »good governance« als wichtige Voraussetzung für die Umsetzung der MDG ist also eine Gemeinschaftsaufgabe von Norden und Süden, die von der Zivilgesellschaft weiterhin begleitet und kritisch eingefordert werden muss. Auch Instrumente wie eine ergebnisorientierte Finanzierung müssen auf der Grundlage gemeinsamer Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern beruhen und dürfen nicht zu einem Abschieben von Verantwortung führen.

Finanzierung – Versprechen bekräftigt, aber nicht eingelöst

Die Abschlusserklärung findet klare Worte, wenn es um die Beschreibung der Defizite beim MDG 8 zum Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft geht. Es sei von entscheidender Bedeutung, dass die Industrieländer ihre eingegangene Verpflichtung, bis 2015 den Zielwert von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe aufzubringen, einhalten. Alle Länder, die dies noch nicht getan haben, werden aufgefordert, Zeitpläne aufzustellen, aus denen hervorgeht, wie das 0,7-Prozent-Ziel im Rahmen der Haushaltsaufstellung erreicht werden kann.

Diese Forderung muss sich auch die Bundesregierung ins Stammbuch schreiben, liegt Deutschland doch mit gerade mal 0,35 Prozent (2009) weit hinter der international vereinbarten Zielmarke zurück. Der Konsens von Monterrey (2002) und die Erklärung von Doha zur Entwicklungsfinanzierung (2008) wurden bekräftigt, ansonsten ging von dem Gipfel nur eine konkrete neue Initiative zur

MDG-Finanzierung aus: Mit einer globalen Strategie für die Gesundheit von Frauen und Kindern werden in den nächsten fünf Jahren 40 Milliarden US-Dollar bereitgestellt, um die Mütter- und Kindersterblichkeit zu senken.

Im Rahmen des Gipfels gab es einige weitere Zusagen und Ankündigungen zur finanziellen Unterstützung der MDG. So will die Weltbank ihre Programme zur Armuts- und Hungerbekämpfung bis 2014 auf bis zu acht Milliarden US-Dollar pro Jahr verdoppeln. Frankreich will 1,4 Milliarden Euro für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) beisteuern. Auch andere Geber wie Japan und Norwegen kündigten an, ihre Beiträge für den Globalen Fonds signifikant zu erhöhen.

Bei allen Ankündigungen sollten die NRO ein wachsames Auge darauf haben, ob diese auch tatsächlich umgesetzt werden oder ob, wie schon häufig, bereits zugesagte Gelder nochmals versprochen werden.

Positiv ist zu bewerten, dass der französische Präsident Sarkozy die Debatte um eine Finanztransaktionssteuer wieder anstieß. Er plädierte für die Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer, um finanzielle Mittel für globale Probleme beispielsweise Armut, Bildungsmangel, Pandemien zu generieren, und sagte zu, sich während Frankreichs G8/G20-Vorsitz im nächsten Jahr verstärkt dafür einzusetzen.

Kein Meilenstein, aber auch kein »Flop«

Fazit: Der MDG-Gipfel war »kein großer Wurf«, von dem ein neuer Aufbruch für die MDG ausging. Er war aber auch kein »völliger Flop«. Vielmehr bildete er die aktuellen kontroversen Diskussionen über die richtigen Wege zur Bekämpfung der Armut und der Erreichung der anderen globalen Entwicklungsziele ab. Die Abschlusserklärung bietet zumindest einen politischen Bezugsrahmen, an dem die künftigen Aktivitäten der nationalen Regierungen im Norden wie im Süden zur Erreichung der MDG gemessen werden können und müssen. Den auf dem Gipfel deutlich gewordenen Versuchen, den Regierungen der Entwicklungsländer die alleinige Schuld an der mangelnden MDG-Erreichung in die Schuhe zu schieben, gilt es zu widersprechen, ohne allerdings diese Regierungen aus ihrer großen Verantwortung zu entlassen.

Wie geht es nun weiter? Jährlich wird UN-Generalsekretär Ban Ki-moon einen MDG-Umsetzungsbericht

vorlegen, in dem die Erfolge und Schwachstellen bei der Umsetzung der MDG auf nationaler und internationaler Ebene dargelegt werden. Im Jahr 2013 soll es erneut eine MDG-Konferenz der UN geben.

Aus NRO-Sicht gibt es drei Handlungsstränge, die auf dem Weg nach 2015 eingeschlagen werden müssen:

Erstens dürfen wir die Regierungen nicht aus der Verantwortung entlassen, ihre auf die MDG bezogenen Versprechen auch tatsächlich einzulösen. Dies betrifft nicht nur die Regierungen der Entwicklungsländer, sondern auch die der reichen und der Schwellenländer, die eine ausreichende Finanzierung sicherstellen müssen, die auch durch neue, innovative Finanzierungsinstrumente mobilisiert wird.

Zweitens müssen wir die politischen Rahmenbedingungen, die die Erreichung der MDG fördern, aber auch be- und verhindern können, stärker in den Blick nehmen. Gute Regierungsführung, demokratische Beteiligung und Wahrung der Menschenrechte sowie Bekämpfung von sozialer Ungerechtigkeit sind hier die Stichworte.

Und drittens müssen wir die Armutsbekämpfung noch stärker mit der Förderung einer globalen nachhaltigen Entwicklung verknüpfen. Beispielsweise sind arme Bevölkerungsgruppen am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen. Deshalb müssen wir uns für einen ganzheitlichen Politikansatz einsetzen, der die Überwindung von Armut, die Schaffung von Partizipation und sozialer Gerechtigkeit und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen gemeinsam denkt und in praktisches Handeln umsetzt.

Ulrich Post ist Vorstandsvorsitzender von VENRO und Leiter des Bereichs Politik und Außenbeziehungen der Welthungerhilfe.

Mehr und effizientere Hilfe zur Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit – Initiative des UN-Generalsekretärs will Engagement weltweit bündeln

VON RENATE BÄHR

Zum Abschluss des MDG-Gipfels stellte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon seine Globale Strategie für die Gesundheit von Frauen und Kindern vor, an der sowohl Regierungen und internationale Organisationen als auch der private Sektor, Stiftungen und die Zivilgesellschaft in einem partizipativen Prozess im vergangenen Jahr gearbeitet haben. So haben auch Nichtregierungsorganisationen (NRO) wie Amnesty International, CARE, die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Save the Children und World Vision an der Ausarbeitung der Strategie mitgewirkt.

Es ist gelungen, 40 Milliarden US-Dollar gemeinsam zu mobilisieren, um die Gesundheitsversorgung von Frauen und Kindern in den nächsten fünf Jahren zu verbessern. Ziel der Initiative ist es unter anderem, den Tod von rund 16 Millionen Kindern und Müttern zu verhindern, 33 Millionen ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden und 120 Millionen Kinder vor einer Lungenentzündung zu schützen. Das Hilfspaket kann allerdings nur als eine Art Startkapital betrachtet werden, denn die Strategie dokumentiert zur Erreichung von MDG 4 und 5 bis 2015 einen Finanzbedarf von bis zu 169 Milliarden US-Dollar.

Die Strategie ist insgesamt begrüßenswert, stellt sie doch zwei MDG, bei denen bislang am wenigsten Fortschritte zu verzeichnen sind, ins Zentrum eines forcierten weltweiten Engagements und betont damit auch die Wichtigkeit der Verbesserung der Mütter- und Kindergesundheit für die Erreichung der MDG insgesamt. Es gilt vor allem, durch vermehrte Kooperation der Akteure, mehr Investitionen, eine kohärentere Politik und verbesserte Dienstleistungen die ärmsten und am meisten benachteiligten Frauen und Kinder zu erreichen.

Gleichzeitig stellt das im Schnellverfahren geschnürte Hilfspaket eine Bündelung von unterschiedlichen, zum Teil neuen, zum Teil aber bereits vorhandenen Initiativen, Vor-



Hebamme in Liberia

haben und Zusagen der unterschiedlichen Akteure dar, die, wie etwa die Muskoka-Initiative der G8-Staaten zur Verbesserung der Mütter- und Kindergesundheit, nun in die praktische Umsetzung der Globalen Strategie miteinfließen. Die Bundesregierung hat eine Initiative zur selbstbestimmten Familienplanung als Teil ihrer Muskoka-Verpflichtungen angekündigt.

Es obliegt nun der Zivilgesellschaft, in den nächsten fünf Jahren zu beobachten, inwiefern das Geld tatsächlich »neu« und »zusätzlich« bereitgestellt wird. Die Mechanismen zur Überprüfung der Versprechen im avisierten Zweijahresrhythmus sind zurzeit noch vage und müssen weiter ausformuliert werden.

Renate Bähr ist Vorstandsmitglied von VENRO und Geschäftsführerin der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung.

Ausblick: Bis 2015 und darüber hinaus

VON CLAUD KÖRTING UND MERLE BILINSKI

Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel – dieses Motto ließe sich aus dem UN-Millenniumsgipfel vom September 2010 ableiten. Wenn im Jahr 2013 die Staats- und Regierungschefs zusammenkommen, um den allerletzten Endspurt im Hinblick auf das Jahr 2015 einzuläuten, wird sich erneut die Frage stellen, was die Staatengemeinschaft unternommen hat, um die weltweite Armut zu bekämpfen, und was in der verbleibenden Zeit getan werden muss, um die acht Ziele fristgerecht umzusetzen. Gleichzeitig wird sich auch die Frage stellen, was nach dem Jahr 2015 kommt. Denn selbst wenn die MDG bis dahin wider alle Prognosen vollständig und fristgerecht umgesetzt werden, ist damit der Anteil der Armen nur halbiert: Auch dann werden noch Hunderte Millionen von Menschen von Armut, Hunger und Ausgrenzung betroffen sein – ein Fakt, den insbesondere Menschenrechtsorganisationen an der Ausgestaltung der MDG vielfach kritisiert haben. Für einen Ausblick auf die letzten fünf Jahre bis zum Jahr 2015 stellen sich daher beide Fragen: Was muss getan werden, um in der verbleibenden Zeit mit verstärkten Kräften zur Umsetzung beizutragen, und welcher globale Rahmen zur Armutsbekämpfung ist erforderlich, um auch danach bei der Schaffung globaler Gerechtigkeit voranzukommen?

Endspurt bis zum Jahr 2015

Im Sinne der MDG wäre schon viel gewonnen, wenn alle Zusagen und Versprechungen, die in den letzten Jahren bei UN-Konferenzen, im Rahmen der G8- und der G20-Gipfel sowie auf bilateraler Ebene gegeben wurden, auch eingehalten und zügig umgesetzt würden. So ist beispielsweise die Zusage des G8-Gipfels in Gleneagles (2005), die Entwicklungshilfe für Afrika auf 50 Milliarden US-Dollar zu verdoppeln, bis heute noch nicht eingelöst. Auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit liegt erheblich zurück, was die Erfüllung des immer wieder bekräftigten 0,7-Prozent-Ziels betrifft: Im Jahr 2009 sind die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit um über eine Milliarde Euro auf 8,6 Milliarden gegenüber dem Vorjahr gesunken; der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen ist von 0,38 auf 0,35 Prozent gefallen. Angesichts absehbarer Kürzungen im Entwicklungshaushalt ist es unabdingbar, dass neue Finanzierungsquellen für Armutsbekämpfung, Entwicklung und Bekämpfung des Klimawandels erschlossen werden. Machbare Vorschläge, wie zum Beispiel die

Einführung einer Finanztransaktionssteuer, liegen auf dem Tisch. Es wird in den folgenden Jahren darauf ankommen, diese und andere Finanzierungsquellen zu erschließen und im Sinne der Unterstützung der MDG umzusetzen.

Wir brauchen beim MDG-Endspurt nicht nur mehr Geld, wir brauchen einen Politikwechsel auf verschiedenen Ebenen. Dazu gehört eine konsequente und kohärente »MDG-Orientierung« aller relevanten Politikfelder, der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Handels-, der Sicherheits-, der Umwelt- und der Agrarpolitik. So muss beispielsweise die 2013 anstehende Reform der EU-Agrarpolitik genutzt werden, um diese »MDG-verträglich« zu gestalten und das Menschenrecht auf Nahrung zu stärken. Gleichzeitig brauchen wir eine Erhöhung der Wirksamkeit aller MDG-bezogenen Maßnahmen. Das betrifft zum einen eine stärkere Fokussierung auf die Länder beziehungsweise MDG, die bei der Erreichung der Zielvorgaben am weitesten zurückliegen. Zum anderen betrifft dies auch die Umsetzung der in der Paris-Erklärung und der Accra-Agenda vereinbarten Prinzipien der Entwicklungspolitik, die unter anderem die Koordination der Zusammenarbeit verbessern und das »ownership« der Partnerländer bei der Umsetzung von Projekten und Programmen stärken soll. Die vor dem MDG-Gipfel von VENRO und sechs NRO-Bündnissen eingebrachte Forderung an die Bundesregierung, einen nationalen MDG-Aktionsplan zu erstellen, der konkret aufzeigt und festlegt, welche Schritte Deutschland in den verbleibenden fünf Jahren zur Unterstützung der MDG unternehmen will, hat auch nach dem Gipfel nichts von ihrer Aktualität verloren.

Wie geht's weiter?

Seit dem Jahr 2000, als sich die Staatengemeinschaft mit der Millenniumserklärung auf die zielgerichtete Bekämpfung weltweiter Armut verständigte, hat sich die Welt geändert: Der Klimawandel sowie die Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und Nahrungsmittelkrise haben Abhängigkeiten zwischen dem Norden und dem Süden deutlicher hervortreten lassen und zu Budgetkürzungen in sozialen Sektoren auf beiden Seiten geführt; sicherheitspolitische Interessen sind infolge des 11. September 2001 oftmals an die Stelle entwicklungspolitischer Ziele getreten, und neue Geber, wie China, Indien oder Brasilien treten verstärkt als Akteure der Entwicklungspolitik auf. Was sich seitdem nicht geändert hat, sind

Ungleichheitsstrukturen, die sich sowohl auf globaler Ebene in der Unterrepräsentation der ärmsten Länder – beispielsweise in den G20 – als auch auf lokaler Ebene in regionalen und sozialen Ungleichgewichten widerspiegeln. Eine Weiterentwicklung der MDG nach dem Jahr 2015 muss daher ebenso institutionelle Fragen wie regionale, soziale und Geschlechterungleichheiten adressieren.

Globale Verantwortung

Der Rückfall bei der Umsetzung der MDG infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass die globalen Rahmenbedingungen für Entwicklung entscheidende Parameter für die Armutsbekämpfung weltweit sind: Nach Schätzungen der Weltbank werden Ende 2010 weltweit 64 Millionen Menschen mehr in Armut leben, als dies ohne die Krise der Fall gewesen wäre. Die entwicklungsfreundliche Ausgestaltung des internationalen Handels- und Finanzsystems ist daher eine entscheidende Voraussetzung für eine Weiterentwicklung der MDG, wenn diese Armut nachhaltig bekämpfen wollen. Die G20-Staaten, die seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise eine deutliche institutionelle Stärkung erfahren haben, sollten sich dieser Verantwortung annehmen und, jenseits eines verengten Fokus auf wirtschaftliches Wachstum, Rahmenbedingungen so gestalten, dass sie für globale und nachhaltige Armutsbekämpfung wirken. Das erfordert nicht nur einen entwicklungsfreundlichen Abschluss der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO), sondern auch die Regulierung von Finanzmärkten und die Bekämpfung von Steuer- und Kapitalflucht. Damit dürfen sie jedoch nicht in Konkurrenz zu den Vereinten Nationen treten, die als Vertretung der 192 Staaten die Institution sind, in der die Interessen der ärmsten Länder repräsentiert sind. Eine wirkungsvolle Vertretung der Niedrigeinkommensländer im G20-Prozess und eine Zusammenarbeit mit der UN sind unabdingbar.



Inderin beim Getreidesieben

Globale Gerechtigkeit: Rückbesinnung auf die Millenniumserklärung

Die Millenniumserklärung, auf die sich die Regierungschefs vor zehn Jahren verständigt haben, enthält ein weiter gefasstes Entwicklungsverständnis, als es sich in den aus ihr abgeleiteten MDG widerspiegelt. Themen wie Menschenrechte, Demokratie, Friedens- und Konfliktfragen sowie nachhaltige Entwicklung sind darin durchaus besser abgebildet als in den vergleichsweise verengten MDG. Die Rückbesinnung auf die Millenniumserklärung wäre ein entscheidender Schritt hin zu einer umfassenden Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015.

Bisher sind beispielsweise Umweltfragen in den MDG nur schwach verankert und mit wenig konkreten Zielvorgaben verbunden. Der Rio+20-Gipfel, der im Jahr 2012 in Brasilien stattfindet, bietet die Möglichkeit zur Erweiterung des Entwicklungsverständnisses in Richtung nachhaltiger Entwicklung. In Anknüpfung an vorangegangene Konferenzen (Rio 1992 und Johannesburg 2002) sollte er genutzt werden, um Ent-

wicklungs-, Klima- und Umweltpolitik in der anstehenden Weiterentwicklung der MDG für die Zeit nach 2015 zusammenzudenken. Für die Ausgestaltung der Zielsetzung bedeutet dies, dass Vorgaben zur Bekämpfung des Klimawandels einbezogen und mit klaren Verpflichtungen für Nord und Süd verbunden werden müssen. Gerade wirtschaftliches Wachstum, ohne das nachhaltige Armutsbekämpfung nicht machbar ist, sollte unter diesem Gesichtspunkt überprüft werden.

Eng verbunden mit der Nachhaltigkeitsdebatte sind strukturelle Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, die in der bisherigen Ausgestaltung der MDG nahezu vollkommen ausgeklammert werden. Ein globales Entwicklungsparadigma, das nicht nur die sichtbaren Auswirkungen von Armut, sondern vielmehr ihre Ursachen bekämpfen will, muss hingegen Menschenrechte ins Zentrum seines Zielsystems

setzen. Nur wenn Ungleichheitsstrukturen zwischen ländlichen und städtischen Regionen, zwischen Männern und Frauen, zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen oder zwischen dem Norden und dem Süden explizit benannt und in ihrem Zielsystem aufgenommen werden, können globale Entwicklungsziele zu Gerechtigkeit beitragen und Armut nachhaltig bekämpfen.

Transparenz und Rechenschaftslegung

Die MDG sind seit ihrer Formulierung im Jahr 2001 unter anderem deshalb zum zentralen Bezugspunkt des entwicklungspolitischen Diskurses geworden, weil sie erstmals Zielvorgaben quantifizieren und Entwicklungen sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene nachvollziehbar machen. Nichtsdestotrotz ist ihr Indikatorensystem begrenzt: Quantitative Indikatoren bestimmen das Bild und machen subjektive Wahrnehmungen und mehrdimensionale Aspekte von Armut nur bedingt erfassbar. Gleichzeitig sind die Indikatoren unterschiedlich konkret benannt: So sind die Unterziele für MDG 8 zur Verantwortung des Nordens so allgemein formuliert, dass sie eine Bilanzierung der Fortschritte nicht zulassen.

Entscheidend für die Weiterentwicklung der MDG nach dem Jahr 2015 ist daher zum einen, dass die Ziele mit ausreichenden quantitativen und qualitativen Indikatoren zur Messung der tatsächlichen Fortschritte bei der Armutsbekämpfung versehen werden und damit sowohl die Beiträge von Entwicklungs- wie auch Industrieländern erfassbar machen. Gleichzeitig muss ein solchermaßen weiterentwickeltes Rahmenwerk mit einem Überprüfungssystem verbunden werden, das durch klare Berichtspflichten Rechenschaftslegung für die Umsetzung der Ziele im Norden und im Süden ermöglicht. Nur so können Bevölkerung und Zivilgesellschaft Beiträge der eigenen Regierung nachvollziehen und gegebenenfalls einklagen.

Was ist das Fazit des MDG-Jahres 2010? Es geht zukünftig darum, die politischen Weichen richtig zu stellen und den politischen Rahmen richtig zu setzen, bis zum Jahr 2015 und darüber hinaus. Das heißt bis 2015: ausreichende Finanzierung sicherstellen, die Eigenanstrengungen der Partner unterstützen, die Wirksamkeit aller MDG-bezogenen Maßnahmen erhöhen. Das heißt darüber hinaus: die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung weltweit voranbringen und ein Entwicklungsmodell überwinden, das al-

lein wirtschaftliches Wachstum als die Zauberformel zur Lösung der globalen Entwicklungsherausforderungen betrachtet und soziale Gerechtigkeit und Partizipation ausblendet.

Claus Körting ist Leiter des VENRO-Projekts »Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung«.

Merle Bilinski ist Projektreferentin.

VENRO-Mitglieder (Stand: Juli 2010)

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Ärzte der Welt
- Ärzte für die Dritte Welt
- Ärzte ohne Grenzen*
- africa action/Deutschland*
- Akademie Klausenhof
- Aktion Canchanabury
- Andheri-Hilfe Bonn
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)
- Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
- ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
- AT-Verband*
- AWO International
- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
- BONO-Direkthilfe
- Brot für die Welt
- Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung
- CARE Deutschland-Luxemburg
- Caritas International
- Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala
- ChildFund Deutschland
- Christliche Initiative Romero
- Christoffel-Blindenmission Deutschland
- Das Hunger Projekt
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DES-WOS)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax
- Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutsches Blindenhilfswerk
- Deutsches Komitee für UNICEF*
- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge*
- Deutsches Rotes Kreuz*
- DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz
- Difäm
- Eine Welt Netz NRW
- Eine Welt Netzwerk Hamburg
- EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)
- Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
- FIAN-Deutschland
- Gemeinschaft Sant'Egidio
- Germanwatch
- Habitat for Humanity Deutschland
- Handicap International
- HelpAge Deutschland
- Hildesheimer Blindenmission*
- Hilfswerk der Deutschen Lions
- humedica
- Indienhilfe
- INKOTA-netzwerk
- Internationaler Hilfsfonds
- Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
- Islamic Relief Deutschland
- Johanniter-Auslandshilfe
- Jugend Dritte Welt (JDW)
- Kairos Europa
- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
- Kindernothilfe
- Lateinamerika-Zentrum
- Lichtbrücke
- Malteser International
- Marie-Schlei-Verein
- matterna – Stiftung Frau und Gesundheit
- medica mondiale
- medico international
- MISEREOR
- Missionszentrale der Franziskaner*
- Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í in Deutschland
- NETZ Bangladesch
- Ökumenische Initiative Eine Welt
- OIKOS EINE WELT
- Opportunity International Deutschland
- ORT Deutschland
- Oxfam Deutschland
- Peter-Hesse-Stiftung
- Plan International Deutschland
- Rhein-Donau-Stiftung*
- Salem International
- Samhathi – Hilfe für Indien*
- Save the Children Deutschland*
- Senegalhilfe-Verein
- Senior Experten Service (SES)
- Society for International Development (SID)
- SODI – Solidaritätsdienst-international
- Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Susila Dharma – Soziale Dienste
- Swisscontact Germany
- Terra Tech Förderprojekte
- terre des hommes Deutschland
- Tierärzte ohne Grenzen*
- TransFair
- UNO-Flüchtlingshilfe
- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
- Verbund Entwicklungspolitischer Nicht-regierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)
- Weltfriedensdienst
- Welthaus Bielefeld
- Welthungerhilfe
- Weltladen-Dachverband
- Weltnotwerk der KAB Deutschlands
- Werkhof
- Werkstatt Ökonomie
- World University Service Deutsches Komitee
- World Vision Deutschland
- W. P. Schmitz-Stiftung
- Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand

VENRO hat zurzeit 118 Mitglieder

* Gastmitglied

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Telefon: 02 28 / 9 46 77-0

Fax: 02 28 / 9 46 77-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

VENRO Projektbüro Berlin
Chausseestr. 128/129
10115 Berlin

Telefon: 030 / 28 04 66-70

Fax: 030 / 28 04 66-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org
und www.prsp-watch.de

Mit finanzieller Unterstützung des
Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Redaktion: Claus Körting und Merle Bilinski

Mitarbeit: Marietta Grimm

Endredaktion: Kirsten Prestin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die
persönliche Meinung des Verfassers/der Verfasserin
wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar.

Fotos: UN Photo / Fred Noy, UN Photo / Eskinder Debebe, UN Photo / G. Pirozzi (Titel),
UN Photo / John Isaac (S. 4), UN Photo / WFP (S. 8), UN Photo / Eskinder Debebe (S. 12),
UN Photo / Martine Perret (S. 15), UN/Christopher Herwig (S. 18), Ray Witlin / World Bank (S. 20)

Satz & Layout: Just in Print, Bonn

Druck: Druckerei Leppelt, Bonn

Auflage: 1000 Stück

Bonn und Berlin, Dezember 2010

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Zu den VENRO-Mitgliedern gehören 16 Eine-Welt-Landesnetzwerke. Sie repräsentieren etwa 2000 lokale entwicklungspolitische Initiativen und NRO.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik,
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik,
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen und
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen.

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V., www.venro.org

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Telefon: 02 28/9 46 77-0

Fax: 02 28/9 46 77-99

E-Mail: sekretariat@venro.org